

# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Unterhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 82

Montag, den 7. April 1930

37. Jahrgang

## Chronik des Tages.

\* Steuerliche Maßnahmen zur Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung für die deutsche Wirtschaft sind seitens der Reichsregierung dem Reichsrat zugegangen, die gleichzeitig Maßnahmen enthalten, um weitere Kapitalflucht nach dem Ausland zu verhindern.

\* Ueber die sozialpolitischen Aufgaben der privaten Krankenversicherungen sprach in einer von zahlreichen Vertretern der Behörden, Verbände, Parlamente und der Presse besuchten Versammlung Rechtsanwalt Dr. Leichmann, der Vorsitzende dieser Organisationen.

\* Die Konservativen in England rüsten sich bereits zu den bevorstehenden Wahlen, bei denen sie für Schutz und Herstellung der Wirtschaftseinheit des britischen Weltreiches eintreten werden.

## Brüning droht mit Neuwahlen

Appell des Kanzlers an die Sozialdemokratie.

Berlin, 7. April.

Im Verlaufe der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei ergriß Reichskanzler Dr. Brüning das Wort zu umfassenden Ausführungen über die politische Lage. Er erklärte u. a., das Zentrum habe in der Regierung Müller sein Bestes getan, die Vorwürfe, die ihm von sozialdemokratischer Seite gemacht wurden, seien vollkommen unberechtigt.

Brüning appellierte an die Sozialdemokratie, sich nicht durch die Art ihrer Polemik gegen das Zentrum den Weg zu einer künftigen neuen Zusammenarbeit zu verbauen.

Ueber sein weiteres Programm führte der Kanzler aus: „Experimenten sei die neue Regierung völlig abgeneigt. Aber sie müsse und werde den Mut aufbringen, jetzt in die Bresche zu springen und den Kampf um die Rettung des deutschen Volkes und der Demokratie aufzunehmen. Was zur Rettung des deutschen Volkes notwendig sei, werde die Regierung durchführen. Hinter dem Kabinettsche der Wille und die ganze Macht des Reichspräsidenten und, wie er glaube, auch der Wille der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Wenn es gelinge, mit dem Parlament die notwendigen Reformen durchzuführen, dann müsse das deutsche Volk selbst die Entscheidung in die Hand nehmen und in Neuwahlen ein Parlament schaffen, das den schweren Aufgaben gewachsen ist.

Die Reichsregierung werde mit allen Mitteln dafür kämpfen, mit dem deutschen Volk für die Schaffung der Grundlagen eines glücklicheren Deutschland zu sorgen.“

## Reichsregierung und Steuerentung.

Maßnahmen gegen Kapitalflucht.

Berlin, 6. April.

Dem Reichsrat ist der Gesetzentwurf über die Ermächtigung zur Ergreifung von steuerlichen Maßnahmen zum Zwecke der Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zugegangen. In der Begründung des Reichsfinanzministers heißt es u. a.:

Es ist die Erfahrung gemacht worden, daß Personen, die als ausländische Geldgeber in Frage kämen, sich durch gewisse steuerliche Verhältnisse abhalten lassen, ihr Geld nach Deutschland zu bringen oder sich an deutschen Unternehmungen zu beteiligen. Auch die Kapitalabwanderungen vom Inland ins Ausland werden vielfach vom steuerlichen Gesichtspunkt stark beeinflusst.

In vielen Fällen sind es lediglich steuerliche Gründe, die derartige Transaktionen bedingen. Und das hat für Deutschland schwere volkswirtschaftliche Nachteile. Es ist da einmal auf die währungspolitischen Einwirkungen derartigen Kapitalabwanderungen hinzuweisen. Einen reinen Verlust erleidet die deutsche Volkswirtschaft auch dadurch, daß der Unterschied zwischen den Soll- und Habenzinsen nicht der deutschen Wirtschaft, sondern dem Ausland zufließt, wenn die ins Ausland gebrachten Kapitalien vom Ausland der deutschen Wirtschaft wieder zur Verfügung gestellt werden.

Der Hauptnachteil aber liegt darin, daß der deutschen kapitalarmen Wirtschaft überhaupt Kapital entzogen wird. Die Neigung zu solchen Kapitalabwanderungen wird noch dadurch verstärkt, daß eine Reihe von Ländern, insbesondere solche, die Deutschland benachbart sind, infolge glücklicherer Verhältnisse sehr niedrige Steuern haben. Es muß ein Ziel der bevorstehenden deutschen Steuererleichterung sein, bei denjenigen Steuern, die die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zu hemmen geeignet sind, Erleichterungen eintreten zu lassen, zumal wenn dadurch keine wesentlichen finanziellen Ausfälle entstehen.

Die Reichsregierung ist jedoch der Auffassung, daß, um ausländisches Geld nach Deutschland hereinzuführen und die Abwanderung deutschen Geldes ins Ausland zu verhindern, alles Erforderliche getan werden muß, sobald es die Verhältnisse nur irgend gestatten. Die Beseitigung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag ist seit langem ziemlich einmütig mit der Begründung gefordert worden, daß der Steuerabzug nicht den Gläubiger, sondern den Schuldner treffe, daß er kreditverteuernd wirke und daß er dementsprechend die Abgabemöglichkeiten von Pfandbriefen und Obligationen im Inland und nach dem Ausland beeinträchtigt. Ein verringertes Pfandbriefabgabemöglichkeit machte sich auch störend auf dem Baurealm bemerkbar. Ein sofortiger Abbau des Steuerabzugs ist wegen der Etat- und Kassenlage im Augenblick noch nicht möglich.

Die Reichsregierung glaubt aber, daß sich schon im Laufe des Rechnungsjahres 1930 die Möglichkeit ergeben wird, den Steuerabzug bei festverzinsten Wertpapieren aufzuheben. Da eine derartige Entscheidung unter Umständen schnell zu treffen wäre, erscheint es ihr zweckmäßig, wenn sie, ohne den umständlichen Weg der Gesetzgebung in Anspruch nehmen zu müssen, dazu schon jetzt die Ermächtigung bekäme.

## Finanznöte am Ultimo.

Wenn die Steuern nicht bewilligt werden...

Berlin, 7. April.

Bei der Aussprache des Steuerausschusses im Reichstag lehnten die Vertreter der Bauernpartei die Biersteuer ab. Ebenso kündigten die Sozialdemokraten eine ablehnende Stellung an.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärte, daß eine 75prozentige Biersteuer keine Ueberspannung dieser Steuer sei. Auf Fragen erklärte der Minister, daß man über den Ultimo März hinwegkommen sei, weil es möglich war, die Kreuzerleihe vorzufinanzieren, so daß der eine Teil im April und der andere im Mai fällig werde. Wenn die Steuern allerdings nicht bis Ostern bewilligt seien, könne er keine Verantwortung für die kommenden Monatsenden übernehmen.

Auf Wunsch sagte der Minister zu, dem Ausschuss einen Ueberblick über die Entwicklung der Kassenlage zu geben. Die allgemeine Aussprache war damit beendet.

## Wortbruch Frankreichs?

Tardieu behauptet: Die Räumungsfrist laufen noch nicht.

Paris, 7. April.

Der französische Senat hat die Haager Abkommen und den Youngplan mit 284 gegen 8 Stimmen angenommen.

In der entscheidenden Sitzung hielt Ministerpräsident Tardieu eine Rede, in der er die Haager Abkommen ähnlich wie in der Kammer erläuterte.

Ueber die Rheinlandräumung gab Tardieu weittragende Erklärungen ab, denen entschieden widersprochen werden muß.

Er betonte, daß mit Stresemann im Haag vereinbart worden sei, eine Frist von acht Monaten, von Ende Oktober ab gerechnet, für die Räumung einzufügen, die demnach bis zum 30. Juni beendet sein müßte.

Seither hätten sich jedoch in Deutschland wie in Frankreich gewisse politische Ereignisse abgespielt. Die Frist habe noch nicht zu laufen begonnen, da die Ratifizierung mehrere Monate verspätet worden sei. Es gebe darüber keinerlei Mißverständnisse zwischen Frankreich und Deutschland (?). Frankreich würde seine Truppen in der dritten Zone belassen, solange die vorgesehenen Bedingungen, d. h. Ratifizierung des Youngplans und der Haager Abkommen, die Arbeitsaufnahme der BZ und die Uebergabe der Schuldverschreibungen durch Deutschland nicht erfüllt seien.

Sobald Deutschland die Schuldverschreibungen übergeben habe, werde man mit der Rheinlandräumung beginnen und sie so schnell wie möglich fortsetzen.

Bevor die Räumung beginne, müsse Deutschland jedoch auch die vollständige Schließung seiner Befestigungen durchgeführt haben. Eine nur vorgetäuschte Zerstörung genüge nicht.

Die französische Regierung werde in etwa drei Tagen der Reichsregierung eine Note in diesem Sinne überreichen. Auf den Zwischenruf des Senators Graf de Blois, daß man sich die Rheinlandräumung teurer hätte bezahlen lassen müssen, erklärte Tardieu, daß der Youngplan die einzige Bezahlung darstelle. Es sei nicht national, sich immer nur auf die Rheinlandfrage zu beschränken und nicht daran zu denken, daß Frankreich Elsaß-Lothringen zurückhalten und die Mandate über die Kolonien erhalten habe.

Napoleon habe seinerzeit ganz Deutschland besetzt und Leipzig nicht verhindern können.

Frankreich sei angewiesen gewesen, Frieden zu schließen im

Einnehmen mit seinen Verbündeten. Tardieu fragte in diesem Zusammenhang,

ob wohl jemand glaube, daß Frankreich ohne seine Verbündeten gewonnen hätte.

Die französischen Unterhändler hätten getan, was sie hätten tun können. Heute, zehn Jahre nach dem Kriege, handele es sich darum, ein Gleichgewicht zu schaffen und den Frieden durch andere Mittel zu sichern, als durch die alten Verbündungen.

\* Eine Stellungnahme der zuständigen deutschen Stellen zu den aufsehenerregenden Behauptungen Tardieus wird nicht lange auf sich warten lassen. Im übrigen erklärte vor dem Reichsparteiausschuß der Zentrumspartei am Sonntag Reichsinnenminister

Dr. Wirth: Es sei verfehlt, wenn vielfach befürchtet werde, daß wegen der vorgerückten Zeit die Räumung der dritten Zone nicht mehr rechtzeitig erfolgen könne. Bis zum 1. Juli ständen noch 3 Monate zur Verfügung, und es müßte um die Schlagkraft der französischen Armee schlecht bestellt sein, wenn es ihr nicht möglich sein sollte, die Räumung bis zu dem vereinbarten Termin vorzunehmen.

## Die Ziele Briands auf der Flottenkonferenz

Italien wünscht Deutschlands Mitarbeit.

London, 6. April.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ und Bertinag berichten im genannten Blatt übereinstimmend, daß es Briand bei den bisherigen politischen Verhandlungen der Flottenkonferenz um zwei Ziele zu tun war:

1. um eine für Frankreich und England befriedigende Auslegung des Artikels 16 und 2. um die obligatorische Inkraftsetzung einer Entscheidung des Haager Gerichtshofes in dem Falle herbeizuführen, wenn der Völkerbund über die Sanktionsmaßnahmen nicht einig sein sollte.

Bertinag gibt offen zu, daß diese zwei Forderungen in Uebereinstimmung mit dem vor einigen Wochen in Genf angenommenen Bericht stehen. Ohne die Durchsetzung dieser zweiten Forderung betrachte Briand seinen bisherigen Erfolg im ersten Punkt als wertlos, und Frankreich würde es in diesem Falle vorziehen, sich auf eine starke Flotte zu verlassen.

Italienischerseits besteht dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ zufolge die Absicht, im Falle eines Fehlschlages der Konferenz drei neue Schlachtkreuzer zu bauen. Weiterhin beschäftigt der Mitarbeiter, Grandi habe in den letzten Besprechungen angedeutet, daß zu Besprechungen über eine neue Auslegung des Völkerbundsstatutes oder eines Teiles des Locarnopaktes Deutschland herangezogen werden müßte.

Amerika für einen Dreimächtevertrag.

Newyork, 6. April.

In amerikanischen politischen Kreisen wird jede Hoffnung auf das Zustandekommen eines Fünfmächtevertrages ausgegeben. Die maßgebenden Stellen drängen nachdrücklich auf die Beendigung „fruchtloser politischer Verhandlungen“.

Die amerikanische Flottenabordnung in London, die bereits mit der Ausarbeitung beschäftigt ist, befürwortet den Abschluß eines englisch-amerikanisch-japanischen Vertrages, der Frankreich und Italien die Möglichkeit bietet, später beizutreten.

Nach einem Sonderbericht aus London soll auch Spanien nach dem Beispiel Italiens gegen die englisch-französische Aussprache über die Auslegung des Artikels 16 Einspruch erhoben haben.

## Das Ende in London.

Die letzte Woche der Konferenz.

London, 7. April.

Die Nachtbeteiligten sind sich darüber einig, daß die Londoner Flottenkonferenz ihrem Ende entgegensteht und die neue Woche nicht überdauern wird. Briand hat mit Tardieu noch einmal ausführliche telefonische Rücksprache gehabt, wobei sich die maßgebenden französischen Staatsmänner in der Erkenntnis einig waren,

daß Frankreich nicht auf Erfüllung seiner Forderungen in London rechnen könne und daher an der Fortdauer der Konferenz kein Interesse mehr habe.

Auch für England wird die Situation insofern kritisch, als bereits die Andeutung einer Bereitschaft Macdonalds, den französischen Forderungen unter gewissen Vorbehalten nachzugeben, starken Widerstand der öffentlichen Meinung und der Parteien heraufbeschworen hat. Bereits zum Beginn der neuen Woche wird Macdonald im Unterhaus über diese Frage interpelliert werden, und er steht vor der Gefahr







Der Arbeitsplan.

Nach den Absichten des Reichsfinanzministers gilt es jetzt in erster Linie, das Defizit des Reichshaushalts für 1930 zu beseitigen.

Es haben erneut Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Parteien über das Finanzprogramm stattgefunden, und zwar ist zwischen den Sachverständigen über die Verkürzung der Zahlungsfristen bei den indirekten Steuern verhandelt worden.

Der Reichsfinanzminister legt entscheidenden Wert darauf, die Frage der Mineralölsteuern, die Frage der Fristenverkürzung, die Biersteuer und die Mineralwassersteuer vordringlich zu behandeln.

Die Gestaltung der Agrarvorlage wird weitere Schwierigkeiten bringen. Der Reichsernährungsminister Schiele läßt seine Pläne nicht im Reichswirtschaftsministerium, sondern im Reichslandwirtschaftsministerium ausarbeiten.

Bei der Ausgestaltung des Agrarprogramms wird alsdann noch die Frage entschieden werden, wenn die notwendigen Vollmachten erteilt werden, dem Reichsernährungsminister Schiele oder der Reichsregierung.

Reichstag niemals dem Reichsernährungsminister als solchen die geplanten Vollmachten erteilen wird, sondern wenn eine Vollmachtserteilung in Frage kommt, dann kann die Ermächtigung nur an die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit gegeben werden.

Schon aus dieser einen Kernfrage — dem Finanzprogramm — ist zu ersehen, wie schwierig sich die Verhältnisse schon innerhalb des Kabinetts dann aber um so stärker im Gremium der Fraktionen gestalten könnten.

Selbst wenn aber nun wirklich bei den Regierungsparteien eine Verständigung erzielt wird, bleibt noch die Frage offen, ob sich im Reichstag für die Vorlagen eine Mehrheit finden wird.

So wird sich also die Arbeit bei der Regierung immer im Gesichtskreise einer Krise drehen. Sie wird sich zwischen der sozialdemokratischen Schilla und der deutschnationalen Charvathis bewegen.

Die private Krankenversicherung.

Ihre sozialpolitischen Aufgaben.

Berlin, 6. April.

Der Verband Privater Krankenversicherungsunternehmen veranstaltete in Berlin einen Aussprache-Abend über das Thema: „Sozialpolitische Aufgaben der privaten Krankenversicherung“.

Der Vorsitzende des Verbandes, Rechtsanwalt Dr. Leichmann, betonte, daß sich die private Krankenversicherung nicht in Gegensatz setzen wolle zur Sozialversicherung.

Der Erhöhung der Versicherungsgrenze in einem Ausmaße, das dem Stand der Vorkriegszeit entspreche, stelle die private Krankenversicherung keinen Widerstand entgegen.

Vorwürfe, die gegen die private Krankenversicherung erhoben worden seien, gründeten sich auf Einzelfälle, die

verallgemeinert würden. Die von der Ärzteschaft vielfach geforderte ärztliche Voruntersuchung vor Abschluß des Versicherungsvertrages sei nur in den Fällen gangbar, wo es sich um Abschluß besonders hochwertiger Versicherungsverträge handele.

Die private Krankenversicherung lege den größten Wert auf eine reibungslose Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft, ohne daß es dazu nötig sei, vertragsmäßige Bindungen oder Honorarvereinbarungen zu treffen.

Die private Krankenversicherung habe durch ihre bisherigen Leistungen ihre soziale Notwendigkeit und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung als gleichberechtigter Faktor neben den übrigen Versicherungsträgern bewiesen.

Polizeiverwaltungsreform in Preußen.

Noch 35 000 Polizeiverordnungen.

Berlin, 6. April.

Als Ergebnis der vom preußischen Innenministerium durchgeführten Prüfung der Polizeiverordnungen hat sich ergeben, daß die Zahl der nach dem 1. Mai 1930 in Preußen noch in Geltung befindlichen Polizeiverordnungen bei vorsichtiger Schätzung auf 35 000 veranschlagt werden darf.

Zur Vereinfachung des Polizeiverordnungswezens sind durch die zuständigen Ministerien bisher insgesamt 40 Musterpolizeiverordnungen sowie eine größere Anzahl von Richtlinien über den Erlaß von Polizeiverordnungen ausgearbeitet und den nachgeordneten Behörden zum Erlaß empfohlen worden.

Die Nachprüfung des Polizeiverordnungswezens

ist das Ministerium in eine Prüfung der geltenden Polizeigesetze eingetreten. In dem Entwurf des Polizeiverwaltungsgesetzes ist vorgesehen, daß 15 Polizeigesetze vorwiegend formellen Inhalts, die durch diesen Gesetzentwurf überholt werden, ausdrücklich zur Aufhebung kommen.

eine größere Anzahl von Polizeigesetzen materiellen Inhalts ausdrücklich für die Aufhebung in Vorschlag gebracht und weiterhin eine Ermächtigung für das Staatsministerium dahingehend vorgesehen werden, daß die Polizeigesetze, die in der vorkonstitutionellen bzw. in der vorkonstitutionellen Zeit erlassen sind, durch Beschluß des Staatsministeriums außer Kraft gesetzt werden können.

Kapitalversorgung der Wirtschaft.

Dr. Silberberg bei den deutschen Referendaten.

Düsseldorf, 6. April.

Generaldirektor Dr. Silberberg sprach im Rahmen der Schulunaswoche des Reichsbundes deutscher Referendare

Der Geizhals ROMAN VON ROBERT MISCH

(69)

(Fortsetzung.)

„Zum besten?“ lachte Toni schritt auf. „Er hat gesagt, ich sei der heilende Balsam seines wunden, zerrissenen Herzens, der Trost seines armen, zerstörten Daseins.“

„Und“ — Anna wurde rot bei der Frage — „hat er schon versucht, dich zu küssen?“

Annas Eröden war nichts gegen Tonis Purgut, als sie stockend erwiderte:

„Ach, Unzinn! Auf die Hand natürlich nur! Hast du 'ne Ahnung! Ein Graf küßt immer nur die Hand.“

„Wohnt seine Familie auch hier?“

„Ja ... nein ... das weiß ich nicht.“

„Und was treibt er denn sonst?“ forschte die neugierige Anna weiter.

Aber auch das wußte Toni nicht. Ein Graf sei eben ein Graf. Der brauche doch nichts weiter zu tun. Die Fragerei fing an, sie zu ärgern. Und außerdem — sie war jetzt fertig mit dem Anziehen und hatte Eile.

Wenige Minuten später saßen sich Frau Charlotte und Anna mit besorgten Mienen gegenüber. Das war ja eine nette Besucherin! Toni, das geduckte, sonst so harmlose Hühnchen, auf verbotenen Wegen.

Sie berieten, was nun zuerst zu tun sei. Anna war nicht für strengere Maßregeln; sie, die liebende Braut, konnte die Gefühle ihrer Kusine nachempfinden.

bewußtsein am Herzen lag, bald hinter die Sache zu kommen und sie in Ordnung zu bringen, ohne daß Staltenbach etwas davon erfährt.

Als Toni einige Stunden später von ihrer Exkursion heimkehrte, rief sie die Tante in ihr Zimmer und sagte ihr alles auf den Kopf zu.

„Ich hoffe nicht, mein liebes Kind“, fuhr Frau Charlotte ernst fort, „daß du dein Herz an ihn und solche Illusionen gehängt hast, denn ich glaube, dein Graf ist ein Schwindler.“

Toni war entsetzt. Man könne ihr den Grafen nicht, man beneide sie. Mit welchem Recht die Tante so etwas behaupten könne?

„Aber liebes Kind, die ganze Sache ist so phantastisch-geheimnisvoll ... Lehre du mich die Menschen kennen! Heiratsschwindelereien — so was kommt alle Tage vor!“

Toni brach in einen Weintrampf aus und konnte nur mühsam beruhigt werden. Aber sie glaubte so unerschütterlich an ihren Grafen, daß Frau Charlotte schließlich stuhlig wurde.

„Nun gut, wenn dein Graf ein wirklicher Graf ist, so soll das kein Hindernis sein, wie wir in Amerika sagen. Wenn er nur sonst ein tüchtiger Kerl ist und ehrliche Absichten hat! Aber das ist's ja eben. Wir in Amerika denken gewiß viel freier über den Verkehr zwischen jungen Damen und Herren. Aber heimlich, hinter dem Rücken der Angehörigen zu verkehren, das schließt sich auch bei uns nicht.“

Und sie hielt der Nichte eine große Standpaule über das Schickliche, die Toni mit überlegenem Lächeln und abweisendem Blick anhörte. Nein, alles Nicht! Anna und die Tante beneideten sie.

Am anderen Tage fuhr Frau Charlotte, trotzdem sie in Berlin eine wichtige Anprobe hatte, schon am frühen Vormittag nach Halessee. Das war der feste Punkt, von dem aus sie ihre Nachforschungen anstellen konnte, da weder Toni die Wohnung des Herrn Grafen kannte, noch sich diese im Adreßbuch verzeichnet fand.

In der Gartengesellschaft, in der sie ihn kennengelernt und deren sich auch Frau Charlotte noch genau erinnerte, hatte ein Bekannter ihn mit „Herr Graf“ angeredet. Der war vielleicht noch da und konnte Näheres berichten. Denn Toni weigerte sich entschieden, die Tante mit dem Herrn Grafen zusammenzubringen. Das wäre „wider die Abrede“.

Der Bekannte war zwar nicht mehr dort; aber der Wirt kannte den Herrn „Grafen“ und teilte ihr bereitwillig Näheres über ihn mit. Frau Charlotte wußte nicht recht, sollte sie sich entrüsten oder lachen. Doch die Komik siegte, und schließlich weinte sie wahre Tränen.

Die arme Toni! Aber das Mädel war doch ein zu großes Schaf und verdiente eigentlich die Lektion.

„Liebes Kind“, sagte sie ihr, zu Hause angelangt, „der Herr Graf läßt einen Beruf aus, den er dir verschwiegen hat. Wenn du mir versprichst, dich zusammenzunehmen, weder eine Träne zu vergießen, noch sonst ein Zeichen des Erbarmens oder Erschreckens zu geben, so will ich ihn dir in Ausübung seiner sehr ehrenwerten Tätigkeit zeigen.“

Toni versprach es und verlangte eine Erklärung. Aber die Tante blieb verschwiegen, nachher sollte sie alles erfahren.

Die beiden Damen bestiegen das Auto. Die Fahrt ging nach einer vornehmen Straße in der Nähe der Linden. Vor einem sehr bekannten Freizeurladen hielt der Wagen, und Toni riß die Augen erstaunt auf, als die Tante ihr sagte, daß sie an Ort und Stelle seien. Toni sollte sich jetzt nur zusammennehmen.

Dritten ließ sich Frau Charlotte seine Parfüms vorlegen. Dem jungen Ding kloppte das Herz bis zum Hals: hinauf, wenn sie auch nicht verstand, warum sie die Tante gerade hierher geführt hatte.

„Sie frieren ja wohl auch Damen?“ fragte diese den Verkäufer.

„Sawohl — in und außer dem Hause ... Damenfrisuren sind ja unsere Spezialität“, antwortete der Jungling besissen. „Gnädige Frau können sofort frisiert werden — hier ist der Damenalon.“ (Fortf. folgt.)

